

**Anlage 1 zum Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg vom 01.07.2019
über das Wasserschutzgebiet für die Otterbachquellequelle der Wasserversorgung der
Stadt Amorbach, Landkreis Miltenberg**

**Vorschlag für § 3 der Schutzgebietsverordnung
Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen**

(1) Es sind

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
1.	bei sonstigen Bodennutzungen oder Eingriffen in den Untergrund soweit nicht unter den Ziffern 2 bis 5 spezieller geregelt, unter Beachtung der materiellen Anforderungen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4)		
1.1	Aufschlüsse oder Veränderungen der Erdoberfläche, auch wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, vorzunehmen oder zu erweitern; insbesondere Fischteiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Über Tagebergbau und Torfstiche, Mastfundamente	nur zulässig, wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch nicht wesentlich gemindert wird Bodeneingriffe bis 0,5 m in Zone III erlaubt.	verboten, ausgenommen Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung bzw. Bodenuntersuchungen für Düngeberatungen
1.2	Wiederverfüllung von Erdaufschlüssen, Baugruben und Leitungsgräben sowie Geländeauffüllungen	nur zulässig <ul style="list-style-type: none"> - im Zuge von Baumaßnahmen mit dem ursprünglichen Erdaushub, sofern dieser unbedenklich ist - oder wenn die Unbedenklichkeit des Auffüllmaterials (Fremdmaterial) im Einzelfall nachgewiesen wird (dies ist regelmäßig der Fall, wenn die Werte den materiellen Anforderungen des Zuordnungswertes Z-0 der LAGA-Boden-Richtlinie entsprechen bzw. diese unterschreiten) und - wenn die Bodenaufgabe wiederhergestellt wird	verboten
1.3	Leitungen verlegen oder erneuern (ohne Nrn. 2.1, 3.7 und 6.11)	zulässig, die Ziffer 1.2 ist zu beachten	verboten (für Reparaturarbeiten an bestehende Leitungen siehe Anlage 2 Ziffer 1)

		in der weiteren Schutzzone		in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III		II
1.4	Durchführung von Bohrungen/Grabungen	<ul style="list-style-type: none"> - nur zulässig für Boden- und Baugrunduntersuchungen bis zu 1 m Tiefe ansonsten nach Einzelfallprüfung - für Bodenuntersuchungen mit Kleinbohrverfahren (DIN 4021) über 1 m Tiefe, wenn biologisch abbaubare Betriebs- und Schmiermittel verwendet und die Bohrlöcher mit quellfähigem Ton abgedichtet werden. 		
1.5	Untertage-Bergbau, Tunnelbauten	verboten		
1.6	Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren ¹	verboten		
2. bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (siehe Anlage 2, Ziffer 2.1)				
2.1	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	Allgemein gültige Informationen Anlage 2, Ziffer 2.1		
2.2	Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen (Anlage 2 Ziffer 2.1) zu errichten oder zu erweitern	verboten		
2.3	Anlagen nach § 62 WHG zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig entsprechend Anlage 2, Ziffer 2.2	nur zulässig entsprechend Anlage 2, Ziffer 2.2 für Anlagen, wie sie im Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft (max. 1 Jahresbedarf) üblich sind	verboten
2.4	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 62 WHG außerhalb von Anlagen nach Nr. 2.2 (siehe Anlage 2, Ziffer 2.3)	nur zulässig für die kurzfristige (wenige Tage) Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in dafür geeigneten, dichten Transportbehältern bis zu je 50 Liter		verboten
2.5	Abfall i. S. d. Abfallgesetzes und bergbauliche Rückstände abzulagern (Die Behandlung und Lagerung von Abfällen fällt unter Nr. 2.2 und Nr. 2.3)	verboten		
2.6	Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung	verboten		
3. bei Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen *				

¹ Bestehende Anlagen bleiben unberührt.

* Abwasser im Sinne dieser Verordnung ist Niederschlagswasser und Schmutzwasser (§ 54 WHG).

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
3.1	Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern einschließlich Kleinkläranlagen	nur Kleinkläranlagen mit biologischer Reinigungsstufe für bestehende bauliche Anlagen zulässig - für Klärbecken und -gruben in monolithischer Bauweise, - für Teichanlagen und Pflanzenbeete mit künstlicher Sohleabdichtung, wenn die Dichtheit und Standsicherheit durch geeignete Konzeption, Bauausführung und Bauabnahme sichergestellt ist	verboten
3.2	Regen- oder Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.3	Aborte (vgl. Anlage 2 Ziffer 3.1)	nur zulässig, wenn diese nur vorübergehend aufgestellt werden und mit dichtem Behälter ausgestattet sind	verboten
3.4	Ausbringen bzw. Versickern von Abwasser	verboten, ausgenommen gereinigtes Abwasser aus dem Ablauf von Kleinkläranlagen zusammen mit Gülle oder Jauche zur landwirtschaftlichen Verwertung. Der Schlamm aus Kleinkläranlagen darf nicht ausgebracht werden.	verboten
3.5	Anlagen zur - Versickerung von Abwasser oder - Einleitung oder Versickerung von Kühlwasser oder Wasser aus Wärmepumpen ins Grundwasser zu errichten oder zu erweitern	verboten	
3.6	Anlagen zur Versickerung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern (die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung ist nicht einschlägig)	nur zulässig: - bei ausreichender Reinigung durch flächenhafte Versickerung über den bewachsenen Oberboden oder gleichwertige Filteranlagen ² und - wenn das Niederschlagswasser nicht nachteilig verändert ist. <u>verboten</u> für Niederschlagswasser: - von Gebäuden auf gewerblich genutzten Grundstücken und - von unbeschichteten Metalldächern	verboten

² siehe DWA-Regelwerk, Merkblatt DWA-M 153 „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser“
* Abwasser im Sinne dieser Verordnung ist Schmutz- und Niederschlagswasser.

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
3.7	Abwasserleitungen und zugehörige Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig zum Ableiten von Abwasser, unter Beachtung der anerkannten Regeln der Technik, wenn die Dichtheit der Entwässerungsanlagen vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch Sichtprüfung und alle 10 Jahre durch Druckprobe oder anderes gleichwertiges Verfahren überprüft wird (dabei sind die einschlägigen DIN-Normen und technischen Merkblätter sowie die örtlichen Entwässerungssatzungen in ihrer jeweils gültigen Fassung zu berücksichtigen) Das Durchleiten von außerhalb des Wasserschutzgebiets gesammeltem Abwasser ist verboten.	verboten
4. bei Verkehrswegen, Plätzen mit besonderer Zweckbestimmung, Hausgärten, sonstigen Handlungen			
4.1	Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern und von Straßen und Verkehrsflächen abfließendes Wasser zu versenken oder zu versickern	nur zulässig - wenn die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag)“ in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden und - wenn die Ziffer 3.7 beachtet wird und - wie in Zone II Hinweis: Für bereits vorhandene Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen gelten die „Technischen Regeln zur Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächenwasser, Anhang I - Hinweise für Maßnahmen an bestehenden Straßen in Wasserschutzgebieten“ (RiStWag)	nur zulässig - für öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege, Eigentümerwege und Privatwege und - bei breitflächigem Versickern des abfließenden Wassers - und wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt - und die zum Einsatz kommenden Materialien den materiellen Anforderungen der Zuordnungswerte Z-0 der LAGA-Boden-Richtlinie entsprechen bzw. diese Werte unterschreiten
4.2	Eisenbahnanlagen zu errichten oder zu erweitern	zulässig, ausgenommen Rangierbahnhöfe	verboten
4.3	wassergefährdende auswaschbare oder auslaugbare Materialien (z. B. Schlacke, Teer, Imprägniermittel u. ä.) zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- oder Wasserbau zu verwenden	verboten	
4.4	Baustelleneinrichtungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern	zulässig	verboten

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
4.5	Bade- oder Zeltplätze einzu- richten oder zu erweitern; Cam- ping aller Art	verboten	
4.6	Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.7	Großveranstaltungen durchzu- führen	verboten	
4.8	Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.9	Flugplätze einschl. Sicherheits- flächen, Notabwurfplätze, mili- tärliche Anlagen und Übungs- plätze zu errichten oder zu erweitern	verboten	
4.10	Militärische Übungen durchzu- führen	verboten	
4.11	Gartenbaubetriebe oder Klein- gartenanlagen zu errichten oder zu erweitern (Hausgärten zählen nicht dazu)	verboten	
4.12	Anwendung von Pflanzen- schutzmitteln auf Freilandflä- chen, die nicht land-, forstwirt- schaftlich oder gärtnerisch genutzt werden (z.B. Verkehrs- wege, Rasenflächen, Friedhöfe, Sportanlagen)	verboten	
4.13	Düngen mit Stickstoffdüngern	nur zulässig bei standort- und bedarfsgerechter Düngung, die nachprüfbar dokumentiert wird	nur standort- und bedarfsge- rechte Düngung mit Mine- raldünger zulässig, die nachprüfbar dokumentiert wird
4.14	Beregnung von öffentlichen Grünanlagen, Rasensport- und Golfplätzen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsbera- tung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität	verboten
4.15	Abstellen von Kraftfahrzeugen außerhalb von befestigten Ver- kehrsflächen. Die Forst- und Landwirtschaft bleibt davon unberührt.	zulässig	verboten
5.	bei baulichen Anlagen		
5.1	bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern	nur zulässig, - wenn kein häusliches oder gewerbliches Abwas- ser anfällt oder in eine dichte Sammelentwässe- rung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 3.7	verboten

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
	entspricht Zone	III	II
		und - wenn die Gründungssohle mindestens 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt - und die Ziffer 1.2 eingehalten wird - und wenn vom Bauwerber nachgewiesen wird, dass weder durch die Ausführung der Baumaßnahme noch durch spätere Nutzung von Gebäuden und Grundstücken eine Gefährdung des Grundwassers ausgehen kann - und wenn die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung hierdurch im Wesentlichen erhalten bleibt	
5.2	Ausweisung neuer Baugebiete in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem BauGB	verboten	
5.3	Stallungen zu errichten oder zu erweitern ³	Verboten, nur für in dieser Zone bereits vorhandene landwirtschaftliche Anwesen zulässig, wenn die Anforderungen gemäß Anlage 2, Ziffer 4.1 eingehalten werden	verboten
5.4	Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersaft zu errichten oder zu erweitern ²	nur zulässig nach wasserrechtlicher Einzelfallprüfung und unter Beachtung technischen Regeln, insbesondere der Anlagenverordnung (VAwS*), Anhang 5 (JGS-Anlagen)	verboten
5.5	ortsfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitern ²	nur zulässig mit Auffangbehälter für Silagesickersaft, Behälter für Anlagen größer 150 m ³ entsprechend Nr. 5.4	verboten
5.6	Biogasanlagen einschließlich deren Lagerbehälter zu errichten oder zu erweitern	verboten	
5.7	Windkraftanlagen ⁴	nur zulässig nach wasserrechtlicher Einzelfallprüfung	verboten

³ Es wird auf den Anhang 5 „Besondere Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist, Silagesickersäften (JGS-Anlagen)“ der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung – VAwS*) in der jeweils geltenden Fassung hingewiesen, der nähere Ausführungen zur baulichen Gestaltung (u. a. Leckageerkennung) enthält. Arbeitsblätter mit Musterplänen sind bei der ALB Bayern e.V. erhältlich (Arbeitsblatt Nr. 10.15.04 „Lagerung von Flüssigmist“, Nr. 10.15.07 „Lagerung von Festmist“, Nr. 10.09.01 „Flachsilos und Sickersaftableitung“).

^{*} bzw. einschlägige Neuregelungen

⁴ Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen (WKA) können im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden: <http://www.stmug.bayern.de/umwelt/oekoenergie/windenergie/index.htm>

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
5.8	Bauen im Außenbereich	grds. verboten, nur im Einzelfall nach wasserrechtlicher Prüfung	verboten
6.	bei landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen FlächenNutzungen (einschließlich Hausgärten, für diese sind nur die Ziffern 6.1, 6.2 und 6.3 zu beachten)		
6.1	Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärsubstrat aus Biogasanlagen und Festmistkompost und sonstigen seuchenhygienisch bedenklichen Stoffen	nur zulässig wie bei Nr. 6.2, für Gärsubstrate und Kompost sind die Sperrfristen einzuhalten	verboten
6.2	Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 6.3)	nur zulässig, wenn die Stickstoffdüngung in zeit- und bedarfsgerechten Gaben erfolgt, insbesondere also <u>nicht</u> <ul style="list-style-type: none"> - auf abgeernteten Flächen ohne unmittelbar folgenden Zwischen- oder Hauptfruchtanbau, - auf Grünland, sowie auf Ackerland bei Anbau von Ackerfutter, Winterraps, Wintergerste, Roggen und Triticale vom .15.10. bis 15.02. (ausgenommen Festmist in Z III) - auf Ackerland vom 01.10. bis 15.02. (ausgenommen Festmist in Z III) - auf allen übrigen Flächen einschließlich Brachland - auf tief gefrorenem, schneebedecktem oder wassergesättigtem Boden Die erste N-Düngung zu Spargel ist nur nach vorhergehender N _{min} -Bodenuntersuchung zulässig.	
6.3	Ausbringen oder Lagern von Klärschlamm, klärschlammhaltigen Düngemitteln, Fäkal-schlamm oder Gärsubstrat bzw. Kompost aus zentralen Bioabfallanlagen	verboten	
6.4	ganzjährige Bodendeckung durch Zwischen- oder Hauptfrucht	erforderlich, sobald der Nitratgehalt im geförderten Rohwasser 25 mg/l übersteigt ⁵ und soweit fruchtfolge- und witterungsbedingt möglich. Eine wegen der nachfolgenden Fruchtart unvermeidbare Winterfurchung darf erst ab 15.11. erfolgen. Zwischenfrucht vor Mais oder Sonnenblumen darf erst ab 01.04. eingepflügt werden.	
6.5	Lagern von Festmist, Sekundärrohstoffdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen	Verboten, ausgenommen Kalkdünger; Mineraldünger und Schwarzkalk nur zulässig, sofern gegen Niederschlag dicht abgedeckt.	verboten
6.6	Gärfutterlagerung außerhalb von ortsfesten Anlagen	nur zulässig in allseitig dichten Foliensilos bei Siliergut ohne Gärsafterwartung sowie Ballensilage	verboten
6.7	Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung	nur zulässig auf Grünland ohne flächige Verletzung der Grasnarbe (siehe Anlage 2, Ziffer 5) oder für bestehende Nutzungen, die unmittelbar an vorhandene Stallungen gebunden sind	verboten
6.8	Wildfutterplätze und Wildgatter zu errichten	zulässig	verboten

⁵ Sobald der Nitratgehalt von 25 mg/l in einer genutzten Fassung überschritten ist oder aufgrund eines stetigen Anstiegs mit einer Überschreitung zu rechnen ist, erfolgt durch das Landratsamt Miltenberg eine öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Miltenberg (Bote vom Untermain, Main-Echo). Die Ge- und Verbote der Ziffer 6.4 treten dann am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung bis auf Widerruf (öffentliche Bekanntmachung im Amtsblatt) in Kraft.

		in der weiteren Schutzzone	in der engeren Schutzzone
entspricht Zone		III	II
6.9	Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung	verboten	
6.10	Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen	nur zulässig nach Maßgabe der Beregnungsberatung oder bis zu einer Bodenfeuchte von 70 % der nutzbaren Feldkapazität	verboten
6.11	landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern	nur zulässig für Instandsetzungs- und Pflegemaßnahmen	
6.12	besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2, Ziffer 7 6 neu anzulegen oder zu erweitern	nur Gewächshäuser mit geschlossenem Entwässerungssystem zulässig	verboten
6.13	Rodung, Kahlschlag größer als 2.000 m ² oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme (siehe Anlage 2, Ziffer 8 7)	nicht zulässig, (ausgenommen bei Kalamitäten und Eichensaaten)	
6.14	Nasskonservierung von Rundholz	verboten	

- (2) Im Fassungsbereich (Schutzzone I) sind sämtliche unter den Nr. 1 bis 6 aufgeführte Handlungen verboten. Das Betreten ist nur zulässig für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung durch Befugte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.
- (3) Die Verbote und Beschränkungen des Absatzes 1 und 2 gelten hinsichtlich der Nummern 3.6 und 5.1 nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und -ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten.

§ 4 Befreiungen *

- (1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten und Beschränkungen des § 3 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.
- (2) Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG ist widerruflich; sie kann mit Inhalts- und Nebenbestimmungen verbunden werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falles des Widerrufs kann die örtlich zuständige Kreisverwaltungsbehörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

* Spezielle Zuständigkeitsregelungen nach Bundes- oder Landesgesetzen (z. B. § 4 Abs. 2 Allgemeines Eisenbahngesetz -AEG, § 7 Abs. 3 WaStrG) bleiben unberührt.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebiets haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verbote des § 3 fallen, auf Anordnung der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtung zu beseitigen oder zu ändern.

- (2) Für Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach § 52 Abs. 4 i.V.m. §§ 96 bis 98 WHG und Art. 57 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden, dass die Grenzen des Fassungsgebietes und der Schutzzonen durch Aufstellen oder Anbringen von Hinweiszeichen kenntlich gemacht werden.

§ 7 Kontrollmaßnahmen

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben Probenahmen von im Schutzgebiet zum Einsatz bestimmten Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln durch Beauftragte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung oder der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften dieser Verordnung zu dulden.
- (2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung oder der örtlich zuständigen Kreisverwaltungsbehörde zu dulden.
- (3) Sie haben ferner das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist, oder der von ihm Beauftragten, zur Wahrnehmung der Eigenüberwachungspflichten gemäß § 3 der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung – EÜV) in der jeweils geltenden Fassung zu gestatten, die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu ermöglichen.

§ 8 Entschädigung und Ausgleich

- (1) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung nach § 4 oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist über die Fälle des § 5 hinaus und nach § 52 Abs. 4 i.V.m. §§ 96 bis 98 WHG und Art. 57 BayWG eine Entschädigung zu leisten.
- (2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergehende Anordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung einschränken oder Mehraufwendungen für den Bau und Betrieb land- oder forstwirtschaftlicher Betriebsanlagen zur Folge haben, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich nach Art. 32 i.V.m. Art. 57 BayWG zu leisten.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 103 Abs. 1 Nr. 7a, Abs. 2 WHG, Art. 74 Abs. 2 Nr. 1 BayWG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 zuwiderhandelt,
2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Inhalts- und Nebenbestimmungen zu befolgen.
3. Anordnungen oder Maßnahmen nach den §§ 5 und 7 nicht duldet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Miltenberg (Bote vom Untermain, Main-Echo) in Kraft.

Miltenberg, den

Landratsamt Miltenberg

.....

Scherf, Landrat

Anlage 1 (Übersichtslageplan)

Anlage 2

Die Hinweise dieser Verordnung auf einschlägige Gesetze, Paragraphen, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften, Merkblätter, Regelwerke, DIN-Normen, Arbeitsblätter etc. geben den aktuellen Stand vom Mai 2012 wieder. Diese sind jedoch stets in ihrer jeweils aktuellen Fassung zu berücksichtigen.

Maßgaben zu § 3 Abs. 1, Nrn. 1, 2, 3, 5 und 6

1. Leitungen verlegen oder erneuern (zu § 3 Abs. 1 Ziffer 1.3)

Gemäß Ziffer 1.3 ist das Verlegen von Leitungen in der Zone II verboten. Arbeiten an bestehenden Leitungen in der Z II sind deshalb nur bei Einhaltung der nachfolgenden zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig:

Bauausführung und Baubetrieb:

- a) Bodeneingriffe sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken und in kürzest möglicher Zeit durchzuführen.
- b) Abbruchmaterial ist aus dem Wasserschutzgebiet zu verbringen.
- c) Die verwendeten Baustoffe dürfen keine auslaugbare oder abschwemmbar wassergefährdende Stoffe enthalten.
- d) Auf allen Baufahrzeugen sind Bindemittel für Leichtflüssigkeiten zum sofortigen Einsatz bei Leckagen mitzuführen.
- e) Fahrzeuge, Geräte und Arbeitsmaschinen müssen vor dem Einsatz im Schutzgebiet auf Leckagen überprüft werden.
- f) Baufahrzeuge und Arbeitsmaschinen, die längere Zeit an einem Ort verbleiben (z. B. über Nacht) müssen außerhalb der Engeren Schutzzone abgestellt werden.
- g) Wird bei den Bauarbeiten Grundwasser angetroffen, ist sofort das Landratsamt Miltenberg, sowie das Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg mit Arbeitsunterbrechung zu verständigen, damit vor Ort nähere Erhebungen und Festlegungen getroffen werden können.

Überwachung des Baubetriebes:

- a) Beginn und Ende der Baumaßnahme sind dem Landratsamt Miltenberg vorher mitzuteilen, bei planbaren Maßnahmen mindestens 14 Tage vorher schriftlich anzuzeigen.
- b) Unfälle, die schädliche Einwirkungen auf das Grundwasser haben können (z.B. Auslaufen von Öl), sind unverzüglich dem Landratsamt Miltenberg, dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg und dem Wasserversorger zu melden.

2.1 ~~1~~ Wassergefährdende Stoffe (zu Nr. 2)

Es ist jeweils die aktuelle Fassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Wasserhaushaltsgesetz über Einstufung wassergefährdender Stoffe in Wassergefährdungsklassen (Verwal-

tungsvorschrift wassergefährdende Stoffe - VwVwS* zu beachten (abrufbar im Internet unter www.umweltbundesamt.de/wgs).

Für Stoffe, der Wassergefährdungsklasse (WGK) nicht sicher bestimmbar ist, wird WGK 3 zugrundegelegt.

Im Folgenden werden einige in Haushalt, Landwirtschaft und Industrie gebräuchliche Stoffe und deren Einstufung in die jeweilige Wassergefährdungsklasse gemäß VwVwS* vom 17.05.1999 i.d.F. vom 27. Juli 2005 beispielhaft aufgeführt (maßgebend ist stets die jeweils aktuelle Fassung). Ebenso sind viele Abfälle wassergefährdende Stoffe.

WGK 1	WGK 2	WGK 3
schwach wassergefährdende Stoffe	Wassergefährdende Stoffe	stark wassergefährdende Stoffe
„Biodiesel“; schweres Heizöl reine Schmieröle auf Mineralölbasis Ethanol (Alkohol, Brennspritus) Glykol (in Kühlmitteln) Essigsäure (Entkalker) Salzsäure Schwefelsäure (z.B. in Autobatterien) Auftausalz, Viehsalz Düngemittel wie Flüssigdünger AHL Ammoniumnitrat, -sulfat Kaliumnitrat, -sulfat Dicyandiamid (DIDIN)	Dieselmotorenöl; leichtes Heizöl Schmieröle auf Mineralölbasis mit Zusätzen (Motorenöl, Hydrauliköl, Getriebeöl) Dichlormethan (in Abbeizmitteln) Formaldehyd (als Konservierungsmittel in Lacken und Klebern) Natriumhypochlorit (Chlorbleichlauge) Toluol, Xylol (in sog. Nitroverdünnern) einige Pflanzenschutzmittel, z.B. Terbutylazin Bentazon Ethepon	Ottomotorenstoffe (Benzin, Super) Altöle einige Lösungsmittel, z.B. Tetrachlorethen (chem. Reinigung) Trichlorethen (zur Metallentfettung) Quecksilber Teer (Abdichtungsmittel) die meisten Pflanzenschutzmittel, z.B. Cypermethrin Lindan Isoproturon

* bzw. einschlägige Neuregelungen

2.2. 2. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (zu Nr. 2.2)

Im Fassungsbereich und in der engeren Schutzzone sind Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zulässig.

* bzw. einschlägige Neuregelungen

In der weiteren Schutzzone (Zone III bzw. III A und III B) sind nur zulässig:

1. **oberirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A bis C, die in einem Auffangraum aufgestellt sind, sofern sie nicht doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind; der Auffangraum muss das maximal in den Anlagen vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen können,
2. **unterirdische Anlagen** der Gefährdungsstufen A und B, die doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigergerät ausgerüstet sind.

Die Prüfpflicht richtet sich nach der VAWS*.

Unter Nr. 2.2 können auch Abfälle z.B. im Zusammenhang mit Kompostieranlagen oder Wertstoffhöfen fallen. An die Bereitstellung von Hausmüll aus privaten Haushalten zur regelmäßigen Abholung (z. B. Mülltonnen) werden keine besonderen Anforderungen gestellt.

2.3. 3. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen (zu Nr. 2.3)

Von der Nr. 2.3 sind nicht berührt:

- Düngung, Anwendung von Pflanzenschutzmitteln etc. nach den Maßgaben der Nr. 4.12, 4.13, 6.1, 6.2, 6.5 und 6.6,
- Straßensalzung im Rahmen des Winterdienstes,
- das Mitführen und Verwenden von Betriebsstoffen für Fahrzeuge und Maschinen,
- Kleinmengen für den privaten Hausgebrauch, **soweit diese mindestens Doppelwandig gelagert werden.**
- Kompostierung im eigenen Garten.

Entsprechend VAWS* werden an Abfüllplätze von Heizölverbraucheranlagen über die betrieblichen Anforderungen hinaus keine Anforderungen gestellt.

* bzw. einschlägige Neuregelungen

3.1 Aborte (zu Nr. 3.3):

Trockenaborte im Sinne dieser Verordnung sind alle Toilettenanlagen und deren Sammelbehälter, deren Abwässer/Fäkalien nicht in eine Sammelkanalisation eingeleitet oder in einer Kleinkläranlage (§ 3 Abs. 1 Ziffer 3.1) behandelt werden (z.B. abflusslose Gruben und Abwasserbehälter, Chemie-, Camping- Humus/Komposttoiletten). **Vorübergehend im Sinne dieser Verordnung sind wenige, max. bis zu 14 Tagen.**

3.2 Anlagen zur Versickerung von häuslichem und kommunalem Abwasser (zu Nr. 3.5)

Das Abwasser ist vor der Versickerung nach strengerem als den Mindestanforderungen gemäß Abwasserverordnung (AbwV) in der jeweils geltenden Fassung zu reinigen. Die Anforderungen richten sich dabei nach den einschlägigen Merkblättern des Bayer. Landesamtes für Umwelt.

Kleinkläranlagen, die nicht der AbwV unterliegen, sind baulich über die allgemein anerkannten Regeln der Technik hinausgehend auszuführen (Ablaufanforderungen entsprechend Größenklasse I der AbwV, Anhang 1). Ordnungsgemäßer Betrieb, Wartung und Überwachung muss zuverlässig gewährleistet sein.

Vor der Versickerung ist eine Möglichkeit zur Probenahme vorzusehen.

Für eine Versickerung sind flächige Verfahren unter Ausnutzung der belebten Bodenzone zu wählen (z.B. bepflanztes Versickerungsbeet, Brachwiese). Unterhalb der Sickerebene muss eine ausreichende Bodenschicht vorhanden sein.

Detaillierte Ausführungsbestimmungen sind den einschlägigen Merkblättern des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zu entnehmen.

(Merkblätter im Internet abrufbar unter

http://www.lfu.bayern.de/wasser/merkblattsammlung/teil4_oberirdische_gewaesser/index.htm)

4.1 Stallungen und Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Fülle, Silagesickersaft (zu Nrn. 5.3 und 5.4)

Ziffer 5 a:

1. mit Flüssigmistverfahren:

~~Bei Stallungen für Tierbestände über 40 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Gülle auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.~~

~~40 Dungeinheiten (= 3.200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für einzelne Tierarten an:~~

Milchkühe	40	Stück	(1 Stück = 1,0 DE)
Mastbullen	65	Stück	(1 Stück = 0,62 DE)
Mastkälber, Jungmastrinder	150	Stück	(1 Stück = 0,27 DE)
Mastschweine	300	Stück	(1 Stück = 0,13 DE)
Legehennen, Mastputen	3.500	Stück	(100 Stück = 1,14 DE)
sonst. Mastgeflügel	10.000	Stück	(100 Stück = 0,4 DE)

~~Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 120 Dungeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungeinheiten aufzusummieren.~~

2. mit Festmistverfahren:

Bei Tierbeständen über 80 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jauche auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 160 Dungeinheiten je Hofstelle nicht überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungeinheiten aufzusummieren.

3. mit gemischten Entmistungsverfahren:

Die maximalen Tierbestände je Hofstelle sind anteilig entsprechend 1.1 und 1.2 zu ermitteln.

4. Ausnahmegenehmigung

Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 4 ist bei bestandsgeschützten landwirtschaftlichen Betrieben möglich, wenn dies betriebsbedingt notwendig ist (Existenzsicherung) und das erhöhte Gefährdungspotential durch technische Anforderungen ausgeglichen werden kann, wenn dadurch der Trinkwasserschutz gewährleistet ist.

Ziffer 5 b:

Bei Gülle bzw. Jauchekanälen ist zur jährlichen Dichtheitsprüfung eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend Anhang 5-Nr. 4.2 der VAWS vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAWS flüssigkeitsundurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 5 der VAWS hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Der Beginn der Bauarbeiten ist bei der Kreisverwaltungsbehörde und dem Wasserversorgungsunternehmen 14 Tage vorher anzuzeigen.

Betriebe, die durch Zusammenschluss oder Teilung aus einem in Zone III A vorhandenen Anwesen entstehen, gelten ebenfalls als „in dieser Zone bereits vorhandene Anwesen“.

Die Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften (JGS-Anlagen, Nr. 5.4) sind generell im Anhang 5 zur VAWS* (Anlagenverordnung*) geregelt.

Die VAWS* unterscheidet zwischen generell geltenden Anforderungen und besonderen Anforderungen in Wasserschutzgebieten. Wasserschutzgebiet im Sinne der VAWS* sind die Schutzzonen I bis IIIA, nicht jedoch die Zone IIIB. In der Zone IIIB gelten die selben Anforderungen wie auch außerhalb von Wasserschutzgebieten.

Folgende Grundsätze sind immer zu beachten:

Behältern zum Lagern von Jauche, Gülle und Silagesickersäften sind so zu gestalten, dass Leckagen erkannt werden können.

Bei Gülle- bzw. Jauchekanälen ist zur jährlichen Dichtheitsprüfung eine Leckageerkennung für die Fugenbereiche entsprechend Anhang 5 Nr. 4.2 der VAWS* vorzusehen.

Planbefestigte (geschlossene) Flächen, auf denen Kot und Harn anfallen, sind gemäß VAWS* flüssigkeitsundurchlässig (Beton mit hohem Wassereindringwiderstand) auszuführen und jährlich durch Sichtprüfung auf Undichtigkeiten zu kontrollieren.

Bei Güllesystemen ist der Stall in hydraulisch-betrieblich abtrennbare Abschnitte zu gliedern, die einzeln auf Dichtheit prüfbar und jederzeit reparierbar sind.

Der Speicherraum für Gülle bzw. Jauche sowie die Zuleitungen sind baulich so zu gliedern, dass eine Reparatur jederzeit möglich ist. Dies kann durch einen zweiten Lagerbehälter oder eine ausreichende Speicherkapazität der Güllekanäle gewährleistet werden. Hinsichtlich der Dichtheitsprüfungen wird auf den Anhang 5 der VAWS* hingewiesen.

Die einschlägigen Regeln der Technik, insbesondere DIN 1045, sind zu beachten.

Betriebe, die durch Zusammenschluss oder Teilung aus einem in Zone III bzw. III A vorhandenen Anwesen entstehen, gelten ebenfalls als „in dieser Zone bereits vorhandene Anwesen“.

4.2 Biogasanlagen:

Biogasanlagen unterliegen der Anlagenverordnung (VAWS*) und sind durch Anhang 5 nicht eigens erfasst. Sie sind entsprechend dem vom LfU herausgegebene Biogashandbuch Bayern in der jeweils aktuellen Fassung zu erstellen und zu betreiben. Vor Inbetriebnahme sind sie durch einen Sachverständigen nach § 18 VAWS* überprüfen zu lassen.

* bzw. einschlägige Neuregelungen

5.6. Beweidung, Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung (zu Nr. 6.7)

Eine flächige Verletzung der Grasnarbe liegt dann vor, wenn das wie bei herkömmlicher Rinderweide unvermeidbare Maß (linienförmige oder punktuelle Verletzungen im Bereich von Treibwegen, Viehtränken etc.) überschritten wird.

6. 7. Besondere Nutzungen sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzungen (zu Nr. 6.12):

- Weinbau
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Zierpflanzenanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Das Verbot bezieht sich nur auf die Neuanlage derartiger Nutzungen, nicht auf die Verlegung im Rahmen des ertragsbedingt erforderlichen Flächenwechsels bei gleichbleibender Größe der Anbaufläche.

7. 8. Rodung, Kahlschlag und in der Wirkung gleichkommende Maßnahmen (zu Nr. 6.13)

Die Verjüngungsform Ein Kahlschlag liegt vor, wenn auf einer Waldfläche alle aufstockenden Bäume in einem oder in wenigen kurz aufeinander folgenden Eingriffen entnommen werden, ohne dass bereits eine ausreichende übernehmbare Verjüngung vorhanden ist und daher durch die Hiebsmaßnahme auf der Fläche Freilandbedingungen (Klima) entstehen. **Zu den kleinflächigen Kahlschlägen gehört auch die streifenweise Abholzung von Altbeständen auf einer Breite von 1 – 2 Baumhöhen (30 – 50 m) ohne vorausgehende Vorbereitung.**

Eine dem Kahlschlag gleichkommende Maßnahme ist eine Lichthauung, bei der nur noch vereinzelt Bäume stehen bleiben und dadurch auf der Fläche ebenfalls Freiflächenbedingungen entstehen.

Ein Kahlschlag kann auch entstehen, wenn zwei oder mehrere benachbarte Waldbesitzer Hiebe durchführen, die in der Summe zu den o.g. Freiflächenbedingungen führen.

Dagegen sind Hiebmaßnahmen eines oder mehrerer Waldbesitzer auf räumlich getrennten Teilflächen zulässig, wenn sie die Flächenobergrenzen dieser Verordnung lediglich in der Summe überschreiten.

Kein Kahlschlag oder eine in der Wirkung gleichkommende Maßnahme liegt vor, wenn die Flächen oder Streifen so klein werden, dass die Schutzwirkung des angrenzenden Waldbestandes das Aufkommen eines Freiflächenklimas verhindert. Ein Kahlschlag liegt auch dann nicht vor, wenn in einem gelichteten Bestand eine ausreichende Vorausverjüngung vorhanden ist und dieser Jungwuchs bei der Hiebmaßnahme erhalten bleibt. Bei diesen naturnahen Verjüngungsverfahren mit dem Ziel der Schaffung von Jungwüchsen aus Schatt- und Lichtbaumarten findet entweder zunächst ein Aushieb von einzelnen Bäumen und die vorübergehende Belassung eines Altholzschirmes („Schirmschlag“) oder ein ungleichmäßiger Aushieb von Bäumen in trupp-, gruppe- und horstweiser (1/2 bis 2 Baumhöhen) Form („Femelschlag“) bzw. in Kombination („Schirm-/Femelschlag“) statt.

Als **Rodung** bezeichnet man die Beseitigung von Wald zugunsten einer anderen Bodennutzungsart (Ar. 9 Abs. 2 BayWaldG). Bei der Rodung werden in der Regel auch die Wurzelstöcke entfernt, so dass tiefgreifende für die Wasserwirtschaft nachteilige Störungen der Bodenstruktur entstehen.

Unter **Kalamitäten** sind Schäden durch Windwurf, Schneebruch oder durch Schädlingsbefall zu verstehen, deren Beseitigung nur durch die Entnahme aller geschädigten Bäume und daher u.U. nur durch Kahlschlag möglich ist.